

Presseaussendung - Österreichweiter Aktionstag Bildung am 15. Juni 2023

Der Zentralausschuss für APS in Kärnten unterstützt die österreichweite überparteiliche Initiative für Verbesserungen im Bildungswesen

Seit Jahren machen Personalvertretung und Gewerkschaft, aber auch SchulleiterInnen und PädagogInnen, auf dramatische Entwicklungen an den Pflichtschulen aufmerksam. Veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen, Einflüsse der sozialen Medien und deren Auswirkungen, stellen die PädagogInnen an den Kärntner Pflichtschulen vor nicht mehr bewältigbare Herausforderungen.

Der Arbeitsaufwand der SchulleiterInnen hat in den letzten Jahren durch vermehrte bürokratische Aufgaben enorm zugenommen. Jetzt steht seitens des Bundes auch noch eine massive Kürzung der unbedingt notwendigen administrativen Unterstützungskräfte bevor.

„Die Situation an den Schulen ist inzwischen so dramatisch, dass man sagen muss, dass es an den Schulen brennt“, sagt Stefan Sandrieser, Vorsitzender des ZA für APS, „die Rahmenbedingungen reichen längst nicht mehr aus, um den Anforderungen einer modernen, in die Zukunft orientierten, Schule gerecht zu werden.“ Die PV für APS fordert daher dringendst multiprofessionelle Supportteams, damit die Lehrerinnen und Lehrer ihrer Kernaufgabe, dem Unterrichten und vermitteln von Bildung, wieder in ausreichendem Maße nachkommen können.

Zusätzlich sind sofortige Maßnahmen zur Attraktivierung des Lehrberufes zu setzen, um sowohl dem Lehrerinnenmangel entgegenzuwirken als auch die großen pädagogischen Hürden zu bewältigen.

„Es darf zu keiner Kürzung der Sekretariatskräfte kommen! Denn Schulqualität bedeutet auch ausreichend Personal für den administrativen und pädagogischen Bereich!“, meint die stellvertretende Vorsitzende der PflichtschullehrerInnengewerkschaft, Claudia Wolf-Schöffmann.

Der heutige Aktionstag ist ein weiterer Hilferuf der besorgten Eltern und Kollegenschaft!

„Wir werden nicht länger zulassen, dass diese Hilferufe von den Verantwortlichen weiterhin ignoriert werden und planen weitere Maßnahmen zur Durchsetzung unserer Forderungen. In einem der reichsten Länder der Welt müssen Kinder und Jugendliche die besten schulischen Bildungsmöglichkeiten vorfinden“, so Stefan Sandrieser abschließend.

Rückfragehinweise:

LAbg. Stefan Sandrieser, Tel.: 0650-2928041

Bildtext:

PersonalvertreterInnen, LehrerInnengewerkschafter, SchulleiterInnen und LehrerInnen fordern bessere Rahmenbedingungen an den Schulen